

Prof. Dr. Hein Retter, Institut für Erziehungswissenschaft, Technische Universität Braunschweig

Statement zum zweiten Jenaer Petersen-Podium

am 26. Oktober 2009 (Kurzfassung)

1. Die „Petersen-Schule“ in Jena war ein Kind der Weimarer Republik und beinhaltete ein demokratisches, sich auf die Weimarer Verfassung berufendes Reformkonzept, zuerst beschrieben in Petersens Berichtsband von 1925 („Eine Grundschule nach den Grundsätzen der Arbeits- und Lebensgemeinschaftsschule“). Arbeits- und Lebensgemeinschaftsschule war die Bezeichnung von SPD-nahen Reformschulen, die als „weltliche Schulen“ fungierten, dem Gemeinschaftsbegriff zentrale Bedeutung beimaßen und statt „Religion“ „Lebenskunde“ hatten. Letzteres galt auch für die Petersenschule, die sich später allerdings zu einer evangelischen Bekenntnisschule wandelte. – Es gab auch außerhalb Jenas bis 1933 eine demokratische Schultradition des Jenaplans, die von den Nazis verboten wurde und nach dem Ende des NS-Staates in Westdeutschland weitergeführt wurde.

2. Petersen scheiterte mit dem Versuch, die vollakademische Lehrerbildung in Thüringen nach Hamburger Vorbild durchzusetzen. Dessen ungeachtet legte er auch im Interesse seiner Studierenden Wert auf eine enge Zusammenarbeit mit allen pädagogischen Einrichtungen Jenas. Dazu gehörten die Volkshochschulbewegung (anfangs mit Adolf Reichwein, später mit Eduard Weitsch in Dreißigacker). Dazu gehörte die Aufbauschule, weil sie Schüler aufnahm, die in der Petersenschule die Mittelgruppe absolviert hatten, um sie zum Abitur zu führen. Petersen stellte für seine Studierenden durch Praktika eine enge Verbindung zur Trüperschen Anstalt, zum Brauckmann-Gehörlosen-Institut und zu den Montessori-Einrichtungen Jenas her.

3. Die Petersen-Schule besuchten Kinder aus liberalem und sozialdemokratischen Milieu darunter der Sohn des Linkssozialisten Carl Theil, der Sohn des Hausmeisters des von Adolf Reichwein gegründeten Bildungsheims am Beutenberg. Die Petersen-Schule besuchten Kinder jüdischer Eltern, die Tochter des Ehepaars Wandersleben, die Töchter der Familie Eppenstein, die mit der Familie Petersen freundschaftlich verbunden war. Petersens erste (von ihm geschiedene) Frau heiratete Otto Eppenstein, in dessen – ab 1933 als „jüdisch“ gebrandmarktem – Haushalt die beiden Söhne Petersens lebten. Den von Deportation bedrohten Eppenstein erteilte 1942 nach schwerer Krankheit der Tod – in demselben Monat, in dem seine Schwester nach Theresienstadt deportiert wurde, wo sie den Tod fand (vgl. „Juden in Jena – eine Spurensuche“). Petersen verlor einen Sohn im Krieg.

4. Petersen arbeitete eng zusammen mit den SPD-nahen Entschieden Schulreformern Fritz Karsen, Heinrich Deiters, Franz Hilker und Adolf Grimme. Grimme war seit 1930 im sozialistisch regierten Preußen Kultusminister und förderte den Jenaplan. Doch die in Wittenberge und Finsterwalde aufblühenden Jenaplan-schulen wurden Ostern 1933 von den Nazis geschlossen, die Kinder auf andere Schulen verteilt und gedemütigt („Da kommen die Kommunistenschweine!“), die Lehrer degradiert und strafversetzt, ein Lehrer kam ins KZ.

5. Zwei Zeitzeugen, die das Verbot der Jenaplanpädagogik durch die Nazis in der weltlichen Schule Finsterwalde als Schüler miterlebten, sind trotz ihres hohen Alters zu uns gekommen und bereit, den Anwesenden in der Diskussion Rede und Antwort zu stehen. Ich begrüße Dr. Günter Valentin aus Halle und Frau Gerda Semt aus Finsterwalde. (Statement Semt)

6. Nach Kriegsende hieß der erste Kultusminister Niedersachsens Adolf Grimme. Sein Personalreferent, Otto Haase, hatte 1924/30 die Trüperschen Anstalten in Jena geleitet. Beide zweifelten nicht an der demokratischen Legitimation des Jenaplans. Dass Petersen kein NSDAP-Mitglied wurde, besaß moralisches Gewicht. Die Schulleiter der 1933 in Finsterwalde und in Wittenberge verbotenen Jenaplanschulen, ein Teil ihrer Lehrkräfte und mehrere aus der SBZ geflüchtete Pädagogen gelangten nach Kriegsende in das Zonenrandgebiet. Sie bildeten in der Region Braunschweig mit Lehrkräften der bis 1933 hier existierenden weltlichen Schulen und PH-DozentInnen ein Zentrum demokratischer Reform- u. Jenaplanpädagogik, die auf Niedersachsen nicht beschränkt blieb.

7. Was immer Petersen in der Nazidiktatur an Verachtungswürdigem geschrieben und getan hat, so darf heute nicht der Eindruck aufkommen, dass diejenigen, die als Kinder, Lehrer, Eltern unter dem Nationalsozialismus um des Jenaplans willen gelitten haben, Menschen zweiter Klasse gewesen seien, oder dass es NS-Verfolgte bei Jenaplananhängern nicht gegeben habe oder dass die heutigen Jenaplan-Lehrer die geistigen Erben der NS-Pädagogik seien. Ich plädiere für das Ende dieser Art von „Kampagne auf Verdacht“, die in ihren aktuellen Auswirkungen menschenverachtenden Charakter angenommen hat. Im derzeitigen Streit um den historischen Petersen sollten nicht zuletzt die pathologischen Züge dieser Diskussion wahrgenommen und bearbeitet werden.

Schlussgedanken zur Frage der Umbenennung des Petersenplatzes in Jena

8. Wenn nach der Wende bekannt gewesen wäre, dass Petersen im Rahmen eines Germanisierungsprogramms der SS im KZ Buchenwald vor zwangsverschleppten norwegischen Studenten im Jahr 1944 Vorträge hielt, wenn ferner bekannt gewesen wäre, dass Petersen 1933 für die Zeitschrift „Blut und Boden“ sowie 1940/41 für die Zeitschrift „Heimat und Arbeit“ drei kurze, aber eindeutig rassistisch bzw. antisemitisch aufgeladene Texte verfasste, würde wohl kaum jemand erwogen haben, einen Platz nach ihm zu benennen. Wer diese drei seit 2008 bekannten Texte Petersens liest, kann nur empfehlen, die Benennung einer Straße nach ihm zu unterlassen. Bei einer erwogenen Umbenennung heißt es jedoch abzuwägen. Denn oft führt die gute moralische Absicht in realisierter Form zu bösen, niemals gewollten Konsequenzen. Die Umbenennung von Straßen/Plätzen/Institutionen hat ihre eigene höchst fatale, mit Paradoxien gepflasterte Geschichte, zumal wenn sie aus moralischen Gründen gleichsam aus heiterem Himmel als Ergebnis einer wissenschaftlichen Entdeckung erfolgen soll. Die Moral will Endgültigkeit, doch die Wissenschaft bleibt nicht stehen. Das gilt auch für die Petersenforschung, die weitergeht. Über Petersen weiß man sehr viel, in mancher Hinsicht jedoch so gut wie gar nichts.

9. Wer ohne jedes Abwägen den Namen Petersenplatz zur bundesdeutschen „Katastrophe“ erklärt, erweckt aus der Sicht eines 1953 aus der DDR Geflohenen (d.h. aus meiner Sicht) den Eindruck, dass die geistigen Urheber, Täter und Mittäter des Realsozialismus, deren Namen durch eine Umbenennung 1991 getilgt werden sollten, als Namensgeber keine Katastrophe darstellten. Sind realsozialistische Unterdrücker, Folterer und Mörder die „besseren“ Vertreter der Erinnerungskultur – im Vergleich zu einem Reformpädagogen, dessen Jenaer Schule in der Weimarer Republik von allen liberalen Demokraten (und später pejorativ auch von den Nazis) als demokratisch eingeschätzt wurde? Petersen war ein Pädagoge mit fatalen Zügen, der mir alles andere als nahe steht, doch für den ich als Forscher Belege erhielt, dass er vom NS-Staat bedrohten Familien durch seine Schule Schutz bot. Sollten drei Texte Petersens (die einer moralischen Selbstbeschädigung gleichkommen!) gewichtiger sein als ein Menschenschicksal? Niemand, der von dieser Frage wirklich betroffen ist,

vermag das Dilemma ohne moralischen Schaden aufzuheben. – Das Fehlen jeglicher Empathie für die Lebens- und Leidensgeschichte der Menschen einer Region nach 40 Jahren SED-Diktatur lässt das Pathos, mit dem der Appell an die Verantwortlichen dieses Gemeinwesens gerichtet wird, den Opfern historisch Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, hohl klingen. Denn jene, die Biographie Petersens umspannenden Zeiten kennen mehr als eine Gruppe von Opfern. Auch muss gesagt werden: Das gezielte Weglassen aller Argumente, die gegen die eigenen Schlussfolgerungen sprechen, ging im Falle der jüngsten Petersen-Forschung erstaunlich weit. Das kompromisslose Eintreten für die Aufhebung von Verdrängung macht dies – vielleicht – entschuldbar. Doch es widerspricht wissenschaftlichen Prinzipien auch dann, wenn die geleistete Quellenerschließung Respekt verdient.

10. Das Für und Wider der Umbenennung eines Platzes im Falle der Entdeckung einer politischen Belastung des Namensträgers zu entscheiden ist nicht Sache wissenschaftlicher Autorität, sondern der Bürger. Besonders herausgefordert sind die von dieser Diskussion betroffenen Gruppen in unserer Gesellschaft. und in der Stadt Jena. Die Wissenschaft hat die Aufgabe, alle Fakten für die zu treffende Entscheidung und – davon klar abgegrenzt – den pluralen Charakter ihrer möglichen Interpretation offen zu legen. Ein Experte ist nicht gefeit vor der Versuchung, seine Interpretation samt der in Anspruch genommenen Moral als die allein gültige Wahrheit zu verkünden. In einer liberalen pluralen Gesellschaft haben mehrere Auffassungen ihr Recht. Wie immer die demokratische Mehrheitsentscheidung des zuständigen Gremiums in der Frage der Umbenennung oder Beibehaltung des Petersenplatzes in Jena ausfällt: Es wird sich danach niemand als „Sieger“ fühlen können.